

## Schleuserring für Reiche gesprengt

### Razzia mit mehr als 1000 Polizisten

VON SOPHIA WEIMER

**DÜSSELDORF.** Das Lockmittel war Werbung für ein „Weltklasse-Gesundheitssystem“ und beste Bildung: Mit einer Großrazzia in acht Bundesländern hat die Polizei eine international agierende Schleuserbande zerschlagen, die sich besonders auf reiche Menschen aus China und Oman spezialisiert hatte.

Mehr als 1000 Beamte durchsuchten am Mittwoch mehr als 100 Wohnungen, Geschäftsräume und Behörden und verhafteten dabei zehn Beschuldigte. Bis zu 360.000 Euro kostete die Vermittlung einer Aufenthaltserlaubnis im Einzelfall, wie der die Ermittlungen leitende Staatsanwalt Hendrik Timmer in Düsseldorf sagte. Im Visier sind 38 mutmaßliche Bandenmitglieder und 147 Personen, die geschleust worden sein sollen. Wenn man später nachgeholte Familienangehörige hinzuzähle, gehe es um etwa 350 zumeist chinesische Staatsangehörige, hieß es weiter.

Insgesamt wurden laut Bundespolizei elf Haftbefehle ausgestellt. Sechs Beschuldigte seien bereits dem Haftrichter vorgeführt worden. Unter ihnen ist nach Angaben des Kreises Düren auch ein Mitarbeiter der dortigen Kreisverwaltung. Hauptverdächtige sind zwei 42 und

46 Jahre alte Rechtsanwälte aus dem Raum Köln. Der Tatvorwurf lautet auf banden- und gewerbsmäßiges Schleusen von Ausländern sowie auf Bestechung und Bestechlichkeit von Mitarbeitern lokaler Behörden. Für gewerbsmäßiges Einschleusen drohen Freiheitsstrafen von bis zu 15 Jahren.

Angeworben wurden die finanzkräftigen Ausländer nach Angaben der Ermittler über ein sogenanntes Residenz-Programm im Internet. Dort seien nicht nur das Gesundheits- und Bildungssystem Deutschlands beworben, sondern auch die deutsche Staatsbürgerschaft in Aussicht gestellt worden.

Von einem Großteil der 147 von der Bande geschleusten Personen sei der Aufenthaltsort derzeit nicht bekannt, sagte Timmer. Die geschleusten Personen wollten nach Einschätzung der Ermittler „die Vorteile des deutschen Sozial-, Gesundheits- und Bildungssystems“ in Anspruch nehmen. Vielleicht hätten einige auch ihren Lebensabend in Europa verbringen wollen. Sollten die geschleusten Personen gefunden werden, werde ihre erschlundene Aufenthaltserlaubnis unwirksam.

Der Gesamtpreis der Schleusung konnte bis zu 360.000 Euro betragen. Die Hauptbeschuldigten stehen im Verdacht, mit den Geldern unter anderem Scheinfirmen gegründet, angebliche Wohnsitze finanziert und vermeintliche Lohnzahlungen fingiert zu haben. Darüber hinaus waren „Beratungsggebühren“ in Höhe von bis zu 40.000 Euro an die Kanzleien zu entrichten, wie die Ermittler an einem Beispiel darstellten.

Im Jahr 2022 haben Bundeskriminalamt und Bundespolizei deutschlandweit 4936 Fälle von Schleusungen registriert – ein Plus von knapp 30 Prozent gegenüber dem Vorjahr. Hintergrund ist der starke Anstieg irregulärer Migration nach Europa.

## Große Hilfe für Senioren



Pascal Bangemann

Alltägliche kleine Dinge wie ein Einkauf im Supermarkt können ältere Menschen ohne Auto vor große Probleme stellen. Deshalb bietet der Malteser Hilfsdienst in Celle für betagte Senioren einen „Mobilen Einkaufswagen“ an. Die Helfer holen die Menschen mit einem Kleinbus zu Hause ab und fahren mit ihnen gemeinsam zu Kaufland. Dort erledigt die Gruppe ihren Wocheneinkauf – ein Angebot, das viele Teilnehmer nicht mehr missen wollen. » Lokales | Seite 10

## HEUTE IN DER CZ

### Tatverdächtiger kannte Opfer

Nach dem Fund einer Leiche in der Celler Heese ermitteln die Behörden. Der mutmaßliche Täter und das Opfer sollen sich bereits seit Längerem gekannt haben, hieß es.

» Lokales | Seite 9

### Baubeginn auf der Allerinsel

Mit drei Monaten Verzögerung soll nun der Baubeginn für den nächsten Abschnitt auf der Allerinsel erfolgen. Dort wird ein viergeschossiges Bürogebäude mit 4500 Quadratmetern Nutzfläche errichtet.

» Lokales | Seite 11

### Tag der Bundeswehr im Juni

Am Tag der Bundeswehr am 8. Juni werden 60.000 Besucher erwartet. Hauptstandort ist dabei der Fliegerhorst in Faßberg.

» Lokales | Seite 15



### Vorwurf der Mauschelei

CDU-Politiker Burkhard Hoppenstedt wirft Winsens Bürgermeister Dirk Oelmann (SPD, Bild) Mauschelei vor. Hintergrund ist das geplante Baugebiet in Wolthausen.


» Lokales | Seite 17



## SEITENKOMPASS

Kalender Seite 12  
Fernsehen Seite 20  
Film Seite 21

## WETTER SEITE 20

HEUTE  12/5  
MORGEN  11/3

## IHR KONTAKT

**Abo-Service** Telefon 0800 1432110 (kostenlose Servicenummer)  
**Redaktion Anzeigen im Netz** Telefon (05141) 990110  
Telefon (05141) 990150  
www.cz.de



Gianni Gattus

Polizisten durchsuchen ein Gebäude in Solingen.

## Deutschlandticket: Bleibt es bei 49 Euro?

**MÜNSTER.** In der Debatte über die Zukunft des Deutschlandtickets will Nordrhein-Westfalen die gemeinsame Finanzierung durch Bund und Länder möglichst für die kommenden zehn Jahre aushandeln. Das Ziel sei, dass Bund und Länder den staatlichen Zuschuss zum Ticket weiter je zur Hälfte tragen – und zwar „in einem ersten Schritt für einen Zeitraum von zehn Jahren ab dem Jahr 2026 an“, heißt es in der Beschlussvorlage des Vorsitzlandes für die Verkehrsministerkonferenz in Münster.

Das Deutschlandticket für 49 Euro im Monat kann seit dem 1. Mai 2023 bundesweit im Nah- und Regionalverkehr genutzt werden. Gut elf Millionen Tickets wurden zuletzt monatlich verkauft. Das Geld von Bund und Ländern wird benötigt, um Einnahmeausfälle bei Verkehrsbetrieben durch den im Vergleich zu früheren Angeboten günstigen Fahrschein auszugleichen. Laut Regionalisierungsgesetz zahlt

der Bund bis 2025 im Jahr 1,5 Milliarden Euro – ebenso wie die Länder insgesamt. Über die Verteilung der Kosten wurde in den vergangenen Monaten immer wieder hart gerungen. Die Verkehrsminister der Länder trafen sich am Mittwoch und



Beim Deutschlandticket droht eine „erhebliche Preisdynamik“.

Jens Büttner

beraten bis einschließlich Donnerstag in Münster.

In dem Papier aus dem Haus von NRW-Verkehrsminister Oliver Krischer (Grüne) wird zugleich gewarnt, die 3 Milliarden Euro vom Staat könnten nicht reichen, um den bisherigen Preis von 49 Euro beizubehalten. Es drohe eine „erhebliche Preisdynamik“ mit der Folge, dass das Deutschlandticket zu „nicht nachfragegerechten Preisen“ angeboten werden müsse.

Für 2024 soll der Preis laut einer Einigung der Verkehrsminister von Januar eigentlich stabil bei 49 Euro pro Monat bleiben. Doch auch das scheint inzwischen nicht mehr ganz sicher zu sein.

Ramona Pop von der Verbraucherzentrale Bundesverband forderte, dass der Preis bis mindestens 2030 stabil gehalten wird. Um langfristig noch mehr Menschen in Busse und Bahnen zu holen, sei eine gesicherte dauerhafte Finanzierung des Deutschlandtickets notwendig.

# NEUERÖFFNUNG



## CELLE

Heute ab 9 Uhr



# 100 Geschenke

für die ersten Besucher:innen

Alle Infos auf [boc24.de/celle](http://boc24.de/celle)

77er Straße 52